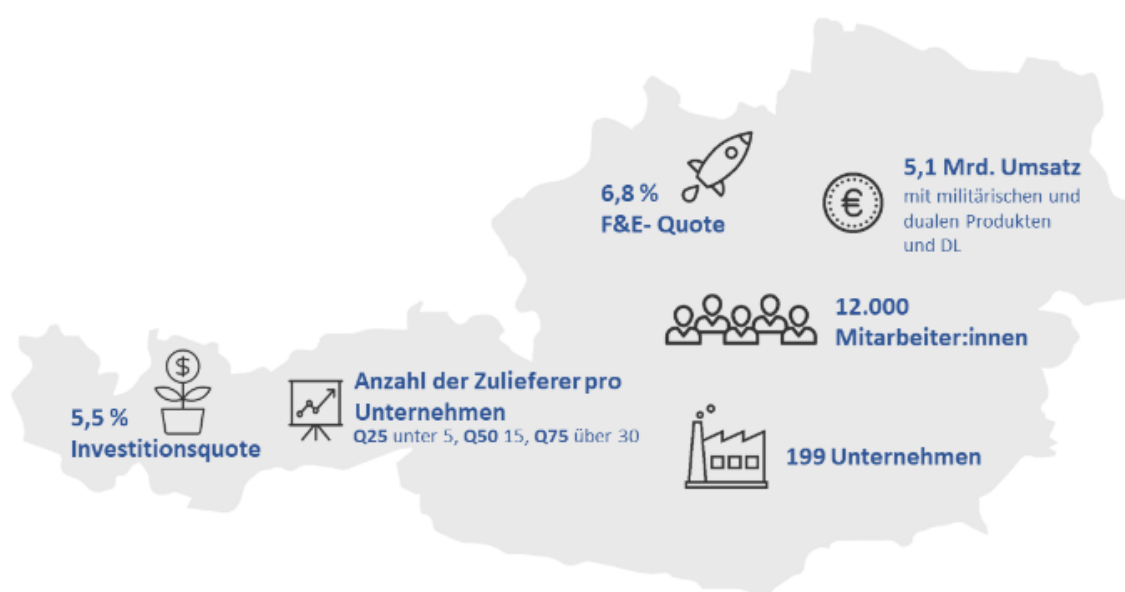


SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSSEKTOR ALS SICHERHEITSGARANT IN ÖSTERREICH WAS DER SEKTOR JETZT UNBEDINGT BRAUCHT

Hintergrund

Die derzeitige geopolitische Lage rückt die Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärker in den Fokus der österreichischen und europäischen Politik. Die Covid-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben die Abhängigkeiten Österreichs und der EU in den Lieferketten, etwa im Energiebereich, bei Rohstoffen oder Medizinprodukten deutlich aufgezeigt. Die aktuellen Entwicklungen haben nun auch die technologischen Abhängigkeiten im Sicherheits- und Verteidigungssektor offengelegt. Europa muss hier mehr tun, um in diesem Bereich möglichst autark und unabhängig von anderen Regionen zu werden und weitestgehend autonom agieren zu können. Europa setzt hier aktuell mit *Readiness 2030*, dem *European Defence Industrial Programme (EDIP)* und dem Vorschlag für den *European Competitiveness Fund for Defence and Space* starke Initiativen. Dabei spielen Sicherheit und stabile Lieferketten eine zentrale Rolle. Das trägt nicht nur zur Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungsfähigkeit und Resilienz bei, sondern stärkt auch die heimische Wirtschaft, indem Abhängigkeiten von Drittmärkten reduziert werden.

Sicherheits- und Verteidigungssektor in Österreich



Quelle: KMU Forschung Austria, 2025

Auf- und Ausbau einer österreichischen Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft

Eine nationale Technologiebasis im Sicherheits- und Verteidigungsbereich ist ein zentraler Sicherheitsfaktor für den Standort Österreich, sichert langfristig wichtige Arbeitsplätze und stärkt die Krisenresilienz. Ein Erhalt und Ausbau dieser Technologiebasis sollte einerseits durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Betriebe, andererseits durch eine konsequente Beschaffungspolitik des Österreichischen Bundesheers erzielt werden. Es muss das Ziel sein, möglichst viel des Bedarfs durch Produkte und Dienstleistungen heimischer Anbieter zu decken, um so langfristig essenzielles sicherheitstechnologisches Know-how im eigenen Land und in Europa zu halten.

→ Was es braucht

Umsetzung der im Rahmen der Industriestrategie angekündigten Taskforce zum Aufbau einer österreichischen Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft und Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für ein langfristiges Wachstum des Sektors

Industrielle Kooperation umsetzen und institutionalisieren

Industrielle Kooperation ist ein international übliches Konzept, um vertraglich zu vereinbaren, dass heimische Unternehmen in die Lieferketten von ausländischen Lieferanten aufgenommen werden. Dadurch wird sichergestellt, dass die heimischen Unternehmen gefördert, die nationalen technologischen Fähigkeiten erhalten und die Sicherheitsinteressen gewahrt bleiben. Die Österreichische Bundesregierung hat sich im Rahmen der Jet-Trainer-Beschaffung mit Leonardo erstmals seit 2002 wieder zur Umsetzung von Industrieller Kooperation bekannt. Auf dieser Blaupause gilt es aufzubauen und künftig auch in weiteren Beschaffungsprozessen des Bundesheers standardmäßig Industrielle Kooperation zu implementieren.

→ Was es braucht

Umsetzung und Institutionalisierung von industrieller Kooperation in Österreich auf Basis der Erkenntnisse und Erfahrungswerte aus der Jettrainer Beschaffung

Sicherheits- und Verteidigungsforschung stärken

Die österreichische Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft ist schon jetzt geprägt von einer großen Anzahl an High-Tech-Unternehmen mit hohem Innovationspotenzial. Um den Sektor auch in Zukunft am europäischen Markt wettbewerbsfähig zu halten, müssen die Mittel für nationale Forschungsförderungs- und Entwicklungsprogramme (z. B. KIRAS und FORTE) gesteigert werden. Dabei soll auch die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und dem Bundesheer in der Entwicklungsphase von Produkten verstärkt werden

→ Was es braucht

Erhöhung der Mittel für nationale Forschungs- und Entwicklungsprogramme

Gleichberechtigt an EU-Förder- und Finanzierungsprogrammen teilnehmen

Im laufenden Finanzrahmen (2021-2027) ist der Bereich Verteidigung und Weltraum mit einer Gesamtsumme von 26 Mrd. Euro dotiert und jährlich werden ca. 1,1 Mrd. Euro an Förderungen im Rahmen des European Defence Funds an europäische Unternehmen und Forschungseinrichtungen vergeben. Der große Teil dieser Gelder geht jedoch an national kofinanzierte Entwicklungsprojekte (ca. 66%). Da Österreich derzeit nur begrenzte Mittel für nationale Kofinanzierung vorgesehen hat, fließt weniger Geld nach Österreich zurück, als in den Fonds einbezahlt wird, was sowohl für Unternehmen als auch für den Wirtschaftsstandort nachteilig ist. Mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen steigt die Finanzierung erheblich und von 2028-2034 stehen 131 Mrd. Euro im Rahmen des European Competitiveness Fund für Verteidigung und Weltraum zur Verfügung. Dies unterstreicht den Bedarf nach einem dezidierten und gut ausgestatteten nationalen Kofinanzierungstopf, welcher zentral an einer Stelle (z.B. BMF od. BMLV) verwaltet wird.

→ Was es braucht

Eine Steigerung der nationalen Kofinanzierung für den EDF und eine Zusammenführung bestehender Mittel in einer zentralen Verwaltungsstelle auf Bundesebene

Access to Finance sicherstellen

Die österreichische Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft verfügt über hochtechnologische und international erfolgreiche Unternehmen. Doch der mangelnde Zugang zum österreichischen Finanzmarkt („access to finance“) bremst nach wie vor viele aufstrebende, aber auch bereits etablierte Unternehmen und verhindert häufig Innovationen und Investitionen. Dazu trägt sowohl die äußerst restriktive nationale Auslegung der ESG-Kriterien als auch fehlende Rechtssicherheit für Kreditinstitute bei. Davon betroffen sind nicht nur große Systemhersteller, sondern auch zahlreiche österreichische Zulieferbetriebe – insbesondere KMUs, Start-ups und Scale-ups.

→ Was es braucht

Änderungen und Klarstellungen zur EU-Taxonomie bzw. Definition von Nachhaltigkeit gehören national umgesetzt; eine Anpassung und Präzisierung des § 320 StGB zur Beendigung strafrechtlicher Unsicherheiten bei zulässiger Finanzierung; Aufbau des in der Industriestrategie angekündigten Security Innovation Ecosystems und Ausstattung mit ausreichender Finanzierung, u.a. durch den Aufbau von Venture Capital/Equity Instrumenten

Exportkontrolle wettbewerbsfähig gestalten

In einem Sektor mit einer Exportquote von über 90% ist die Ausfuhrkontrolle ein entscheidender Faktor beim Erhalt heimischer Technologie. Die österreichische Exportkontrolle ist nicht nur bei Systemen, sondern auch bei Komponenten deutlich restriktiver als in anderen Staaten der Europäischen Union. Beispielsweise arbeitet die österreichische Verwaltung etwa nur begrenzt mit Allgemeinenehmigungen und erlässt teilweise restriktive und schwer überprüfbare Re-Export-Beschränkungen. Dieser Wettbewerbsnachteil hat zur Folge, dass alteingesessene Unternehmen aus Österreich abwandern, um sich weiterhin am Markt halten zu können.

→ Was es braucht

Eine umfassende und praxisnahe Reform der Exportkontrolle, insbesondere bei dem Export von Kriegsmaterial, die die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen im Auge behält